



Pressemitteilung

30. August 2023

BVMB kritisiert geplante NRW-Rohstoffabgabe

Verband warnt vor unnötiger Kostenbelastung für Baufirmen

Die schwarz-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen will zum 1. Januar 2024 eine so genannten Rohstoffabgabe auf Sand und Kies einführen. Sie will damit erreichen, dass der Abbau dieser Rohstoffe zurückgeht und denkt über eine Ausstiegsperspektive aus der Rohstoffgewinnung nach. Bei der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) schrillen die Alarmglocken: „Wir können hier nur noch den Kopf schütteln“, erklären Hauptgeschäftsführer Michael Gilka und Daniel Jonas, Abteilungsleiter für Straßen-, Tief-, und Ingenieurbau der BVMB. „Die Baufirmen gerade in der aktuellen Konjunktursituation noch mit einer zusätzlichen Abgabe belasten zu wollen, kann nicht der Ernst der Landespolitik sein“, hoffen sie. Eine solche Abgabe würde nach Prognose des Verbandes dazu führen, dass die für den Bau dringend erforderlichen Rohstoffe über viele Kilometer umweltschädlich aus anderen Bundesländern antransportiert werden und „ein neues Bürokratiemonster“ entsteht.

Zentrale Rolle der Rohstoffe für das Bauen

Ohne Rohstoffe geht das Bauen nicht – „das ist eine Binsenweisheit, die eigentlich jedem klar sein müsste, der schon mal etwas von Bauen gehört hat“, wundert sich Daniel Jonas von der BVMB. Umso weniger kann er nachvollziehen, dass die schwarz-grüne Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ernsthaft über die Einführung einer Rohstoffabgabe, unter anderem für Sand und Kies, nachdenkt. „Wie sollen denn unsere Baufirmen beispielsweise eine Autobahn bauen ohne Kies dafür einzusetzen? Die Baufirmen beuten nicht böswillig Rohstoffvorkommen aus. Rohstoffe sind nun einmal das erste Glied in der Wertschöpfungskette Bau“, erklärt Jonas.

„Das ist wieder mal ein typisches Beispiel, wenn in der Politik Ideologie über den Verstand dominiert“, schimpft BVMB-Hauptgeschäftsführer Michael Gilka. Es sei allen verantwortlichen Entscheidungsträgern bekannt, dass der Bau aufgrund eines Einbruchs der Aufträge und einer Explosion der Baustoffkosten aktuell schwer zu kämpfen hat. „Wenn ich in einer solchen Situation, die ja bereits nicht vom Himmel gefallen ist, sondern in wesentlichen Teilen von der Politik mitverursacht wurde, völlig unnötig eine ideologisch motivierte zusätzliche finanzielle Belastung für die Baufirmen einführen möchte, habe ich entweder das Gesamtsystem noch nicht verstanden – oder es ist mir schlicht egal, was mit den Baufirmen passiert“, beklagen Gilka und Jonas.

Die gesamte Infrastruktur des Landes hänge von einer zuverlässigen Rohstoffversorgung ab, erklären die beiden BVMB-Vertreter. Die Verfügbarkeit von heimischen Rohstoffen sei unerlässlich für die regionale Versorgung und intakte Wertschöpfungsketten, ohne die die Wirtschaft des Landes ins Stocken gerät. Sand und Kies seien nicht nur für den Straßenbau nötig, sondern auch beispielsweise für Photovoltaikanlagen. Würde Nordrhein-Westfalen eine solche Rohstoffabgabe einführen, prophezeit die BVMB, dass die Baufirmen dann wirtschaftlich letztlich gezwungen wären, ihre Rohstoffe aus anderen Bundesländern zu importieren. „Das würde tausende zusätzliche Lkw-Kilometer verursachen – was den ideologisch angestrebten Effekt der Rohstoffabgabe auf der Standspur überholen würde und zudem das Bauen noch weiter verteuern würde“, mahnt Jonas an – „ganz abgesehen von einem neuen Bürokratiemonster, welches für die Umsetzung der Abgabe aufgebaut werden müsste“.

„Baufirmen sind nicht der ökologische Sündenbock“

Gilka warnt insbesondere davor, die Bauwirtschaft immer wieder als ökologischen Sündenbock darzustellen. Die Baufirmen würden nicht zum Selbstzweck bauen, sondern für Menschen, Betriebe und den Staat, damit Menschen eine Heimat bekommen, Fabriken arbeiten können und die Mobilität gesichert sei, die letztlich für die Wirtschaft unerlässliche Grundlage ist. „Wir haben es satt, dass die Bauwirtschaft immer wieder verteufelt wird, weil sie Rohstoffe verbraucht“, klagt Gilka. Trotz intensiver Bemühungen der Baubranche, Rohstoffe wiederzuverwerten, was zum Teil von Politik ausgebremst werde, bleibe es dabei: „Ein Haus, eine Straße oder eine Brücke lässt sich nun einmal nur aus Baustoffen bauen, die es ohne Rohstoffe nicht gibt. Luftschlösser zu bauen, kann sich leider nur die Politik leisten!“.

RA Dirk Stauf

Bundesvereinigung Mittelständischer
Bauunternehmen e.V.
Königswinterer Straße 329
53227 Bonn
Tel.: 0228 91185-16
E-Mail: stauf@bvmb.de

BVMB

Die BVMB ist ein bundesweit tätiger, tarifpolitisch ungebundener Wirtschaftsverband, der die Wirtschafts-, Markt- und Wettbewerbsinteressen seiner mittelständischen Mitgliedsunternehmen auf politischer Ebene sowie gegenüber Auftraggebern aus allen Baubereichen vertritt. Bereits seit 1964 setzt sich die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) für die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft ein. Unsere Mitgliedsunternehmen erwirtschaften mit ihren insgesamt mehr als 250.000 Mitarbeitern ein Umsatzvolumen von rund 30 Mrd. Euro pro Jahr. Aufgrund der Strukturen unserer Mitgliedsunternehmen – von kleineren und größeren – bis hin zu sehr großen Straßen-, Brücken-, Hoch-, Erd-, Gleisbau- oder Bahnsicherungsunternehmen sowie deren Lieferanten, deckt die BVMB einen Großteil des Spektrums der deutschen Bauwirtschaft ab.

Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V.
Wir I(i)eben Mittelstand